Umweltamt, 25.10.2024

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz
Sitzung am 19.11.2024
TOP Mitteilungen, Öffentlicher Teil

Thema: Deponie 42 Galgenheide
Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie

Bei der AA 42 Galgenheide handelt es sich um eine im Zeitraum 1955 – 1971 von der Stadt Bielefeld betriebenen, etwa 10 ha großen Hausmülldeponie, bei der ca. 1.500.000 m³ Hausmüll, Gewerbeabfall, Boden und Bauschutt zur Ablagerung kam.

Eine in den 80er Jahren durchgeführte Gefährdungsabschätzung ergab lokal hohe Deponiegaskonzentrationen und eine fehlende Oberflächenabdeckung. Somit wurde in den 90er Jahren zur Sicherung der Deponie und des Grundwassers u. a. eine mineralische Oberflächenabdichtung inkl. Ableitung des Oberflächenwassers hergestellt.
Die Entgasung der Deponie erfolgt passiv, d. h., dass das nach wie vor entstehende Deponiegas inkl. Methan durch den Eigendruck über 46 Gasfenster an die Oberfläche gelangt. Diese Gasfenster bestehen u. a. aus einer Rindenmulchlage, die der Desodorierung des austretenden Gases dient.

Da diese Variante dem aktuellen Stand der Technik nicht mehr entspricht und auch in den Folgejahren trotz der langjährig stillgelegten Deponie weiterhin relevante Gasmengen zu erwarten sind, soll durch diese Maßnahme auch aus Klimaschutzgründen das Erfordernis einer Betriebsoptimierung erkundet werden.

Hierzu hat das Umweltamt die entsprechenden Ingenieurleistungen zur Erstellung der Machbarkeitsstudie ausgeschriebenen. Sie umfassen die Leistungsphasen 1-4 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI; Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung) entsprechend des Förderprogramms der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundeministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Ziel dieser Förderrichtlinie ist es, das klimaschädliche Restgaspotenzial (Methangas) von Siedlungsabfalldeponien zu ermitteln und Lösungen zu erarbeiten, wie zukünftig Treibhausgasemissionen der Deponien deutlich minimiert werden können.

Die Untersuchung wird mit einem Fördersatz von 50 % aus Bundesmitteln gefördert.

i.A.

gez. Möller